

## AGRARSTRUKTUR-GESETZ

**Zweiter Entwurf lässt auf sich warten**

**Erfurt.** Die Einbringung des Entwurfes zum Agrarstrukturgesetz der Landesregierung verzögert sich. Nach einer ersten Verbändeanhörung und einer zweiten Kabinettsbefassung sollte dieser bereits in der vorigen Woche an den Landtag übermittelt werden. Mit Änderungen des Agrarministeriums ist, wie die Bauernzeitung erfuhr, das Wirtschaftsministerium nicht einverstanden. Dass sich der Agrarausschuss noch vor der Sommerpause mit dem Entwurf beschäftigt, erscheint unwahrscheinlich. **FH**

## ÖKOLANDBAU

**Grüne wollen Öko über Kantinen stärken**

**Erfurt.** Die Grünen-Landespartei fordert, den Ökolandbau über die Gemeinschaftsverpflegung zu stärken. Die Landwirte hätten in Thüringen immer wieder mit Absatzproblemen zu kämpfen. Dabei müsse die öffentliche Hand Vorbild sein und durch die Verwendung von regionalen Biolebensmitteln den heimischen Ökobetrieben Planungssicherheit geben. Der Anteil von regionalen Lebensmitteln in Kantinen oder Schulküchen sei schon gering, von Biolebensmitteln ganz zu schweigen. Auch Vorverarbeitungskapazitäten für regionale Lebensmittel seien in Thüringen kaum vorhanden. Bislang, so die Kritik der Grünen, fehlten konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. **RED**

## AGRARSTATISTIK

**Weniger Fleisch und weniger Fisch**

**Erfurt.** Die Zahl der geschlachteten Schweine verringerte sich abermals von Januar bis März diesen Jahres verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 3,5 % oder 1.600 Tiere. Auch sank die Anzahl der geschlachteten Rinder um insgesamt 2.943 Tiere bzw. 11,9 % deutlich. Die 55 Thüringer Aquakulturbetriebe verzeichneten 2022 einen Produktionsrückgang von 129 t Speisefisch bzw. 15 %. Dieser Rückgang betraf sowohl forellenartige Fische als auch Karpfen. Verantwortlich für die gesunkene Ausbeute waren zum wiederholten Mal die geringen Niederschläge. **RED**

# Kleines Land, viel Beton

Eine Kompensationsverordnung oder die landesweite Erfassung von Brachflächen in den Kommunen will der Agrarausschuss unter anderem diskutieren, um den **Verlust von Agrarflächen** einzudämmen.



**Landwirte sind mit vielen Varianten** von Flächenverlusten konfrontiert. Das reicht von Stromtrassen oder Straßen, über A+E-Maßnahmen bis hin zu Wohn- und Gewerbegebieten.

FOTO: FRANK HARTMANN

**D**er Agrarausschuss des Landtags wird sich in den nächsten Monaten mit dem „Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch konkurrierende Nutzung“ beschäftigen. Für die Ausschussbefassung, deren Grundlage die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der regierungstragenden Parteien ist, fiel ein einstimmiges Votum.

Nahezu Einigkeit besteht bei den Parlamentariern, den Verlust von Agrarflächen zurückzudrängen. Bisherige Maßnahmen im Land würden nicht ausreichen, unterstich die agrarpolitische Sprecherin der Linken, Marit Wagler. Seit den 1990er-Jahren gingen hierzulande täglich 2,3 ha verloren. Zeitgleich nehme die versiegelte Fläche weiter zu, allein in den letzten zehn Jahren um 25 %. Und dies vor dem Hintergrund, dass die Bevölkerungszahl in 30 Jahren um 19 % abgenommen habe. Allein dieser Umstand, dass eine immer kleinere Bevölkerung immer mehr Fläche beanspruche, sei nicht hinnehmbar.

Wie ihre in der Debatte folgenden Koalitionskollegen kündigte Wagler eine Verordnung zur Flächenkompensation an, deren Entwurf derzeit abgestimmt werde. Diese soll den im Landesnaturschutzgesetz 2019 verankerten Grundsatz, dass Versiegelungen durch Entsiegelungen auszugleichen sind, untermauern. Wagler bedauerte, dass das Brachflächen-tool, dass das Land den Kommu-

nen zur Verfügung stellt, nur von 27 % der Gemeinden genutzt würde. Für einen landesweit organisierten Ausgleich brauche man aber die Daten aller Kommunen.

Dem SPD-Abgeordneten Denny Müller zufolge sind in dem Tool derzeit 5.200 Flächen erfasst, die durch Recycling eine neue Nutzung erfahren könnten. Über 1.000 nicht genutzte Flächen, die als Wohn- und Gewerbefläche ausgewiesen sind, habe überdies die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) identifiziert. Im Altlastenkataster seien über 11.000 Verdachtsflächen hinterlegt. Diese zu evaluieren und gegebenenfalls einer Nutzung zuzuführen, sei sehr kostspielig und verlange nach finanzieller Unterstützung durch das Land.

**Ein sehr langer Weg**

Für die Grünen erklärte Laura Wahl, dass das Ziel einer Netto-nullversiegelung nur langfristig zu realisieren sei. Zu komplex sei das Thema, als dass es schnelle Lösungen gebe. Insofern gestand sie ein, dass auch Rot-Rot-Grün in acht Jahren nicht weiter gekommen sei. Dennoch habe man sich auf den Weg gemacht. Aus Sicht der Grünen müssten neben den genannten Instrumenten Straßenbauprojekte hinterfragt werden.

Marcus Malsch dankte für die CDU für die Mammutaufgabe der Datensammlung in der Antwort. Ungeachtet dessen kritisierte er

darin mehrfach fehlende Daten bzw. Fragen, etwa zum tatsächlichen Rückgang der landwirtschaftlichen Flächen (*Bauernzeitung 18/2023, S. 18*). Gleichwohl es Zahlen zu Grünland- und Ackerflächen in Schutzgebieten gebe, sei das Agrarministerium hier die Antwort schuldig geblieben. Dies sei ein weiteres Argument, sich mit dem Thema und der Großen Anfrage im Ausschuss zu beschäftigen.

Dirk Bergner begrüßte für die FDP die Debatte ebenso, zumal die Nachfrage nach Wohngebieten, Gewerbe- und Industrieflächen weiter bestehe und Druck auf Agrarflächen ausübe. Hinzu kämen Flächen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Letzteres, einschließlich Biogasanlagen, kritisierte AfD-Agrarsprecher Jörg Henke. Er beklagte fehlende Daten zum Flächenverbrauch durch die Energiewende. Eine pauschale Verteufelung der Flächenkonkurrenz sei aus seiner Sicht nicht zielführend.

Mit Blick auf die AfD erklärte Agrarstaatssekretär Torsten Weil (Linke) für die Landesregierung, dass der Flächenverbrauch durch Energieanlagen im Gegensatz zu Wohn-, Gewerbe- oder Infrastrukturmaßnahmen eher gering sei. Zu erwarten sei, dass Agrarflächen auch in Zukunft verbraucht würden. Wie man damit umgehen will, darüber müsse man sich im Ausschuss verständigen.

FRANK HARTMANN